

Reupfar 27.07.18

Idee lautet: „Bündnis für Wohnen“

Stadtrat will Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum in Neustadt vorantreiben

Voraussichtlich nach Ostern sollen belastbare Daten vorliegen, danach will der Stadtrat in großer Runde besprechen, was konkret getan werden könnte. Es geht um mehr bezahlbaren Wohnraum in Neustadt, nicht nur für Menschen ohne Wohnung, sondern auch für jene mit schmalen Geldbeutel.

Anlass für die Diskussion gestern im Stadtrat war ein SPD-Antrag: Sie forderte dazu auf, einen Arbeitskreis mit allen einzusetzen, die bei dem Thema engagiert sind: Stadtpolitik, Verwaltung, soziale Einrichtungen, Immobilienhändler, Mieterverein, Seniorenbeirat und andere. „Welchen Weg will die Stadt einschlagen, um den dringenden Bedarf zu decken?“, formulierte Fraktionsvorsitzender Pascal Bender die grundsätzliche Frage. Es gehe nicht nur um Neubauten, vorneweg durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft WBG, sondern auch um Leerstände, Flächenmanagement, Sozialquoten. Daher sollte in großer Runde geredet und es sollten Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Sozialdezernent Ingo Röthlingshöfer freute sich zwar, „dass das



Im Harthäuserweg sind die neuen Sozialwohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WBG fast bezugsfertig.

FOTO: LM

Thema so prominent in der Stadtpolitik angekommen ist“. Er bat aber darum, keine Doppelstrukturen aufzubauen. Zum einen seien Sozial- sowie Jugendhilfeausschuss des Stadtrats originär zuständig, zum anderen ermittle ein interner Arbeitskreis von Sozialamt, WBG und Stadtplanung belastbare Daten zur Situation in Neustadt. Diese würden

nach Ostern vorgestellt. Die Zielrichtung des SPD-Antrags sei zwar grundsätzlich richtig, doch werde diese bereits verfolgt, was aber noch etwas Zeit brauche.

Letztlich sprachen sich alle Fraktionen für ein inhaltlich breit aufgestelltes Bündnis aus, sobald die Verwaltung die Daten ermittelt hat. Ob als Arbeitskreis oder beispielsweise

ZUR SACHE

„Lichtblick“-Zahlen

Im Stadtrat hat Hans Eber-Huber, Leiter der Tagesbegegnung „Lichtblick“, Zahlen zu Menschen genannt, die der „Lichtblick“ betreut und die eine Wohnung suchen. Demnach sind 238 Frauen und Männer, weil ohne Wohnung, über den „Lichtblick“ gemeldet, gut die Hälfte von ihnen ist unter 30. Hinzu kämen über 250 Menschen, die eine andere Wohnung brauchten. Wichtig seien nicht nur mittelfristige, sondern vor allem kurzfristige Lösungen. |ahb

in Form einer einmaligen Anhörung, soll noch entschieden werden. Einig war man sich darin, im Anschluss schnell arbeiten und alle Betroffenen im Blick haben zu wollen – Leute mit wenig Geld, wie Geringverdiener und viele allein erziehende Elternteile, Bewohnerinnen des Frauenhauses oder obdachlose Menschen. |ahb

KOMMENTAR

KOMMENTAR

Zu dringlich

VON ANKE HERBERT

Mehr günstiger Wohnraum ist ein Thema, bei dem viele eingebunden werden müssen. Ein weiterer Arbeitskreis aber ist nicht nötig.

„Bitte weiter so!“ – Das rief der Bauausschuss Stadtplaner Bernhard Adams im Dezember 2017 zu, als dieser ein Konzept vorgestellt hatte, an dem mit der WBG und dem Fachbereich Soziales, Familie, Jugend zugunsten von mehr günstigem Wohnraum gearbeitet wird. Ein Stichwort lautet Quotenregelung bei Neubauten. Das ist kein Allheilmittel, weshalb die SPD mit ihrem Antrag gestern im Stadtrat durchaus den Finger in die Wunde gelegt hat. Doch ist es eben auch nicht so, dass die Verwaltung das Problem noch nicht erkannt und aufgegriffen hätte. Oder nicht weiß, dass es dafür vieler Ansätze bedarf. Die SPD-Initiative ist aller Ehren wert, wurde gestern aber zum Glück aufs richtige Gleis gesetzt. Denn vor einem weiteren Arbeitskreis, wie erst beantragt, möge der Stadtrat Politik und Verwaltung verschonen. Dazu ist das Thema zu dringlich.